

## Bewerbung als Beisitzer im Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND

Liebe Freundinnen und Freunde,

in Potsdam möchte ich mich auf einen offenen Beisitzerplatz für den Bundesvorstand bewerben und hoffe hierbei auf eure Unterstützung. Das Superwahljahr 2009 naht heran – nicht nur auf Europa- und Bundesebene, auch im Land und in den Kommunen muss es uns gelingen, junggrüne Positionen in den parlamentarischen Prozess einzubringen. Dabei kommt es nicht darauf an, den Wahlkampf der Bündnisgrünen logistisch und unkritisch zu unterstützen. Vielmehr sollten wir unseren eigenen, radikalen Aktionsstil pflegen und etwa zur Europawahl in Debatten um den Verfassungsvertrag und die Migrationspolitik kritischere Töne vertreten als so manch eine/r in der „Mutterpartei“.

### Für eine grüne BürgerInnenbewegung streiten!

Die Resultate der Großen Koalition in der Bürgerrechtspolitik kann mensch nur verheerend nennen. Der jüngste Koalitionsbeschluss, die Option eines Einsatzes der Bundeswehr im Innern per Amtshilfe im Grundgesetz auszudehnen, die insgesamt fruchtlosen Bemühungen von Seiten des Justiz- und Innenministeriums, dem Datenklau privater Unternehmen gesetzlich entgegen zu wirken, sind längst nicht der Gipfel einer schmachvollen Anti-BürgerInnenrechtskampagne, wie sie von der Großen Koalition in den vergangenen drei Jahren betrieben wurde. Selbst die vermeintlich besonnenen Sozialdemokraten haben im Bundestag für die Vorratsdatenspeicherung gestimmt. Es liegt auf der Hand, dass einzig grüne Politik die Grundrechte der Menschen ernst nimmt und den Staat nicht als undurchsichtiges, technokratisches Monstrum begreift, vor dem mensch hilflos ausgeliefert ist und um das eigene Privatleben bangen muss. Ob auf der Straße oder am Rande grüner BDK's: wir haben mit kreativen Aktionen stets bewiesen, wie sehr uns das Thema Datenschutz bewegt. Der Kampf etwa gegen die Onlinedurchsuchung ist – obgleich von den BürgerInnen mehrheitlich abgelehnt – längst nicht entschieden: alles spricht dafür, dass wir im kommenden Jahr einen starken Grundrechte-Wahlkampf führen müssen.

Rechtsextremes Gedankengut hat, gerade in den neuen Ländern, Konjunktur; das zeigten nicht erst die guten Ergebnisse der DVU bei den Kommunalwahlen in Brandenburg. Beinahe überall nimmt die Zahl rechtsextremer Aktivitäten zu; die Kürzungen einiger Länder (Beispiel Mobit in Thüringen) bei der Finanzierung von Präventionsarbeit haben dazu geführt, dass Zivilcourage gerade in den Neuen Ländern vollends verstummt und rechtsextreme Parolen die Rezessionsängste der Menschen im nächsten Jahr wohl noch stärker bedienen können. Wir streiten für eine langfristige Auseinandersetzung mit Nazis, die vor Ort ansetzen muss und die Kommunen nicht im Stich lassen darf. Lasst uns dafür kämpfen, dass NPD, DVU, Republikaner und Co. im kommenden Jahr keinen Fuß in einen Kreis-, geschweige denn einen Landtag setzen werden!

### Gleiche, freie und gute Bildung ist Menschenrecht!

In kaum einem Land verläuft die Bildungsschere so weit auseinander wie in der Bundesrepublik. Durch Studiengebühren und den zunehmenden Abbau der Lernmittelfreiheit wird den Kindern aus armen Familien der Zugang zu höherer Bildung zusätzlich erschwert, was zahlreiche Studien und sogar UN-Menschenrechtsbeauftragte belegen. Ein sozialer Skandal, dem die Grüne Jugend



#### Vita

- geb. 1988 in Rostock
- studiere Germanistik und Politologie an der Uni Göttingen

#### (Jung-)Grünes

- aus Angst vor Merkel + Westerwelle im Bundestagswahlkampf 2005 bei den Grünen aktiv geworden
- 2006-2008 Sprecher der Grünen Jugend Mecklenburg-Vorpommern
- 2006-2008 beratendes Mitglied im Lavo der Grünen M-V
- 2007-2008 Webredakteur der GRÜNEN JUGEND Bundesverband
- 2007 Delegierter für die grüne BAG Europa

#### Hobbies:

Literatur, Theater, Fußball, Fahrrad fahren

#### Lieblingsthemen:

Tierschutzpolitik, Bürgerrechte und Datenschutz, Rechtsextremismus

#### Kontakt:

0178/2813437  
danny.michelsen@gruene-jugend.de

entschieden entgegen treten muss. Die Gesamtschule ist und bleibt die einzig gerechte Alternative, um allen SchülerInnen, egal wie klug oder wohlhabend sie sein mögen, dieselben Chancen zu gewähren. Ein „Bildungsgipfel“ wird an der gegenwärtigen Misere kaum etwas ändern. Der flächendeckenden Schließung von Schulen vor allem in den Neuen Ländern, überfüllten Klassenzimmern einerseits, dem katastrophalen Ausbildungsplatzmangel, der unzureichenden Anzahl von Studienplätzen andererseits, kann nur mit einem vollständigen Kurswechsel in der (Aus-)Bildungspolitik begegnet werden.

Gleichzeitig brauchen wir eine neue Demokratieoffensive in Schule und Ausbildung. Die zunehmende Etablierung von Kopfnoten ist nur eines der zahlreichen autoritären Instrumentarien, mit denen Schülerinnen und Schülern Obrigkeitsdenken statt der Möglichkeit zu freier Entfaltung und selbstbestimmtem Lernen angetragen wird. Mitbestimmung, das Recht auf Partizipation im Sinne von demokratischer Anteilnahme in der Schule, darf nicht nur zur theoretischen Floskel im Sozialkunde-/Politikunterricht verkommen. Das Modell einer demokratischen Schule, wie es von uns angestrebt wird, muss sicher stellen, dass die SchülerInnenenschaft aktiv an Entscheidungsprozessen der Schulverwaltung beteiligt wird und Gremien wie Vollversammlung und Schulkonferenz die Stellung erreichen, die ihnen zugedacht ist. Damit die Schule zu einem Ort des Lebens, Lernens und der Mitbestimmung avanciert!

### **Die Renaissance der Atomenergie verhindern!**

Mehr oder weniger unterschwellig ist in diesen Monaten von Seiten der Atomlobby immer wieder von einer „Verantwortung für kommende Generationen“ die Rede – in Bezug auf eine Energielücke, die es nicht gibt und nicht geben wird. Bundeskanzlerin Merkel wird seit Beginn ihrer Amtszeit nicht müde, die Atomenergie als ein sauberes Mittel gegen den Klimawandel zu preisen. Zu den Sorgen der Menschen, dass es noch immer keine sicheren Endlagerstätten gibt (und aufgrund der hohen Halbwertszeiten radioaktiver Brennelemente gar nicht geben kann), zu den katastrophalen Folgen eines GAUs oder zu den häufigen Leukämiefällen im Umfeld von Kernkraftwerken, findet mensch dann so gut wie gar nichts. Zur Bundestagswahl '09 werden Union und Liberale Versorgungsängste offen schüren. Es liegt deshalb an uns, die Bürgerinnen und Bürger über die Lügen von CDU, FDP, FORATOM, DATF und Co. aufzuklären, mit Fakten zu informieren und gegen eine langsame Aufweichung des Atomkompromisses zu kämpfen!

### **NEIN zu Schwarz-Grün!**

Die „realistische Schule“ mag sich – im Hinblick auf 2009 – nach den Koalitionsverhandlungen in Hamburg die Hände gerieben haben, offenbaren diese doch ganz neue Machtoptionen im Bund. Inzwischen hat sich bestätigt, was viele, nachdem schon die Abschaffung der Studiengebühren einem launigen Kompromiss weichen musste, lange nicht glauben wollen: Grün und konservativ geht nicht zusammen. Die Grünen stehen deutlich links der Mitte; sie sind eine Programm- und keine Rahmen- oder Koalitionspartei im Sinne einer Mehrheitsbeschafferin. Wenn wir also in unser Programm schreiben, mit uns gäbe es keine neuen Kohlekraftwerke, dann bleibt es unter allen Umständen dabei. Die Hamburger Koalition wird wahrscheinlich dazu beitragen, dass wir weitere Teile unserer Stammwählerschaft verlieren, die für eine echte ökologische Alternative votieren. Ist es uns das wert, die „neue Mitte“ zu erschließen, wie uns der politische Lifestyle einiger Wahlforscher suggeriert? Das „Experiment“ Hamburg ist gescheitert: Nun kommt es darauf an, nach vorne zu schauen und eine schwarz-grüne oder Jamaika-Koalition auf Bundesebene mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern!

Für Nachfragen stehe ich euch (in der Regel) immer zur Verfügung.

Liebe Grüße,  
Euer Danny